



GEMEINDE NEUFAHRN

B.FREISING

DER BÜRGERMEISTER

An den Bayerischen Ministerpräsidenten
Dr. Markus Söder, MdL
Franz-Josef-Strauß-Ring 1

80539 München

nachrichtlich an:

Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL
Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL
Staatsminister Hubert Aiwanger, MdL
Staatsminister Christian Bernreiter, MdL
Flughafen München Jost Lammers
Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats Christa Stewens

Neufahrn, 08. September 2026

Offener Brief zur geplanten Festsetzung des Lärmschutzbereichs am Flughafen München - Schutz gewährleisten, Entwicklungsperspektiven erhalten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,

der Flughafen München ist seit Jahrzehnten ein wesentlicher Motor für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und insbesondere für unsere Region. Er schafft Arbeitsplätze, stärkt den Wirtschaftsstandort und hat maßgeblich zur Entwicklung des Flughafenumlands beigetragen.

Gleichzeitig tragen die Menschen in unseren Kommunen seit Jahrzehnten die Belastungen, die mit dem Betrieb eines internationalen Großflughafens in unmittelbarer Nachbarschaft verbunden sind.

Deshalb möchte ich eines ausdrücklich voranstellen: Der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm ist wichtig und richtig. Ich stelle diesen Schutz nicht infrage.

Die nun geplante Festsetzung des gesetzlichen Lärmschutzbereichs für den Flughafen München stellt die unmittelbar betroffenen Kommunen jedoch vor erhebliche Herausforderungen. Für die umliegenden Gemeinden geht es dabei nicht allein um neue Abgrenzungen auf einer Karte. Es geht um die langfristige Entwicklung gewachsener Ortsteile, um die Schaffung von Wohnraum, um kommunale Infrastruktur, um Eigentumsrechte, und nicht zuletzt um die kommunale Planungshoheit.

Lärmschutz und kommunale Entwicklung zusammen denken

Das Fluglärmenschutzgesetz sieht insbesondere in der Tag-Schutzzone I und der Nacht-Schutzzone erhebliche Einschränkungen für die Errichtung von Wohnungen vor. Auch für Schulen, Kindertageseinrichtungen und andere besonders schutzbedürftige Einrichtungen bestehen gesetzliche Beschränkungen.



GEMEINDE NEUFAHRN

B.FREISING

DER BÜRGERMEISTER

Die Auswirkungen reichen damit deutlich über einzelne Bauvorhaben hinaus. Sie können die langfristige Siedlungsentwicklung unserer Kommunen beeinflussen, und damit auch die Frage, wo und in welchem Umfang künftig Wohnraum und notwendige Infrastruktur geschaffen werden können.

Für eine der wirtschaftlich dynamischsten und zugleich stark wachsenden Regionen Bayerns ist dies von erheblicher Bedeutung. Gerade angesichts des angespannten Wohnungsmarktes im Großraum München gilt es, mögliche Zielkonflikte zwischen notwendigem Lärmschutz und der Schaffung von Wohnraum frühzeitig und gemeinsam zu lösen.

Wir brauchen einen ausgewogenen und verlässlichen Übergang

Unsere Kommunen haben sich über Jahrzehnte gemeinsam mit dem Flughafen entwickelt. Wir erkennen seine Bedeutung für Bayern und unsere Region ausdrücklich an. Zugleich sollte berücksichtigt werden, dass die Menschen vor Ort die mit dem Flughafen verbundenen Belastungen seit vielen Jahren mittragen.

Aus meiner Sicht sollte deshalb geprüft werden, wie der notwendige Lärmschutz mit berechtigten Entwicklungsinteressen der unmittelbar betroffenen Kommunen in einen ausgewogenen Ausgleich gebracht werden kann.

Insbesondere sollte vermieden werden, dass bereits seit Jahren verfolgte kommunale Entwicklungsplanungen durch das Inkrafttreten der neuen Regelungen kurzfristig ihre Grundlage verlieren. Ebenso brauchen Grundstückseigentümer, die sich auf bestehende planerische Rahmenbedingungen verlassen haben, verlässliche Perspektiven.

Ich bitte die Bayerische Staatsregierung daher, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen insbesondere folgende Punkte zu prüfen:

1. Eine angemessene Übergangsregelung schaffen

Vor dem Wirksamwerden der neuen Beschränkungen sollte geprüft werden, ob den besonders betroffenen Kommunen ein angemessener Entwicklungszeitraum eingeräumt werden kann. Dabei könnte beispielsweise ein Zeitraum von drei bis fünf Jahren betrachtet werden.

Sollten hierfür Änderungen oder Klarstellungen auf Bundesebene erforderlich sein, bitte ich den Freistaat Bayern, sich auf Bundesebene für entsprechende Lösungen einzusetzen.

2. Bereits konkretisierte Planungen angemessen berücksichtigen

Bei der Ausgestaltung von Übergangs- und Bestandsschutzregelungen sollte nicht ausschließlich darauf abgestellt werden, ob ein Bebauungsplan bereits vollständig abgeschlossen ist.

Auch laufende und bereits weit fortgeschrittene Bauleitplanverfahren sowie kommunale Flächennutzungs-, Rahmen- und Entwicklungskonzepte sollten angemessen berücksichtigt werden.



GEMEINDE NEUFAHRN

B.FREISING

DER BÜRGERMEISTER

Entscheidend sollte aus meiner Sicht sein, wie konkret eine Planung bereits vorbereitet ist und welche kommunalen Entscheidungen und Investitionen ihr zugrunde liegen.

3. Entwicklungsmöglichkeiten für gewachsene Ortsteile erhalten

Insbesondere für Ortsteile, die künftig vollständig oder zu wesentlichen Teilen innerhalb eines Lärmschutzbereichs liegen, sollte eine angemessene Eigenentwicklung weiterhin möglich bleiben.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, neue Siedlungsentwicklungen in besonders lärmbelasteten Bereichen auszuweiten. Vielmehr geht es um die Möglichkeit, gewachsene Ortsteile auch künftig maßvoll weiterzuentwickeln und ihre Funktionsfähigkeit zu erhalten.

4. Verlässlichkeit und Vertrauensschutz für Grundstückseigentümer gewährleisten

Auch die Auswirkungen auf private Grundstückseigentümer müssen angemessen berücksichtigt werden. Wer über Jahre hinweg auf bestehende planerische Rahmenbedingungen und Entwicklungsperspektiven vertrauen durfte, sollte nicht ohne angemessene Übergangsregelungen mit einer grundlegend veränderten Situation konfrontiert werden.

Ich bitte daher darum, bestehende gesetzliche Spielräume für Übergangs-, Bestands- und Härtefallregelungen umfassend zu prüfen und, soweit rechtlich möglich, zu nutzen.

5. Einen gemeinsamen Dialog mit den betroffenen Kommunen führen

Ich rege an, zeitnah einen gemeinsamen Runden Tisch mit der Bayerischen Staatsregierung, dem zuständigen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr sowie den besonders betroffenen Kommunen des Flughafenumlands einzurichten.

Ziel sollte sein, die konkreten Auswirkungen der geplanten Festsetzung gemeinsam zu bewerten und auszuloten, welche rechtlichen und planerischen Möglichkeiten für einen ausgewogenen Übergang bestehen. Wo hierfür Änderungen oder Klarstellungen auf Landes- oder Bundesebene erforderlich sein sollten, könnten diese frühzeitig gemeinsam identifiziert werden.

Beteiligungsverfahren angemessen gestalten

Auch das bisherige Beteiligungsverfahren möchte ich ansprechen.

Die Anhörungsfrist, die in wesentlichen Teilen in die Pfingstferien fiel, war angesichts der Komplexität der Unterlagen und der möglichen langfristigen Auswirkungen der geplanten Regelungen aus unserer Sicht sehr knapp bemessen. Gerade bei einem Verfahren mit einer solchen Tragweite wäre ausreichend Zeit für eine eingehende fachliche Prüfung, kommunale Beratung und Information der betroffenen Bürgerinnen und Bürger wünschenswert gewesen.

Ich bitte daher auch für die weiteren Verfahrensschritte um eine ausreichende Möglichkeit der Beteiligung und einen transparenten Austausch mit den betroffenen Kommunen.



GEMEINDE NEUFAHRN

B.FREISING

DER BÜRGERMEISTER

Gemeinsam zu einer tragfähigen Lösung

Mir geht es ausdrücklich nicht darum, notwendigen Lärmschutz zu verhindern oder auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern.

Mein Anliegen ist vielmehr, den Übergang so zu gestalten, dass der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm, die kommunale Planungshoheit, der dringend benötigte Wohnraum und das berechnigte Vertrauen von Kommunen und Grundstückseigentümern angemessen miteinander in Einklang gebracht werden können.

Die Kommunen im unmittelbaren Flughafenumland leisten seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Flughafens und damit auch zur wirtschaftlichen Stärke des Freistaats. Aus meiner Sicht sollte dies bei der Ausgestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen angemessen berücksichtigt werden.

Neufahrn und unsere direkten Nachbarn Freising und Hallbergmoos gehören zu den Kommunen, die mit dem Flughafen besonders eng verbunden sind. Wir alle kennen seine Bedeutung für Bayern und unsere Region. Gleichzeitig kennen wir die Belastungen und Sorgen der Menschen, die hier leben.

Unser gemeinsames Ziel sollte deshalb sein:

Wirksamer Schutz vor Fluglärm, verbunden mit einem ausgewogenen Interessenausgleich, verlässlichen Entwicklungsperspektiven und einer tragfähigen Lösung für die betroffenen Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin überzeugt, dass sich hierfür im gemeinsamen Dialog eine sachgerechte und ausgewogene Lösung finden lässt.

Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn wir hierzu zeitnah mit Ihnen und den zuständigen Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung in einen persönlichen Austausch treten könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Ozan Iyibas
Erster Bürgermeister
Gemeinde Neufahrn b. Freising